

Emissionshandel aus dem Banken-Blickwinkel: Ende Juli veröffentlichte die Deutsche Bank AG den Bericht "EU-Emissionshandel - Prüfung der Phase 2 der nationalen Zuteilungspläne". Diesem Bericht nach erfüllen nur fünf von 19 EU-Ländern die erforderlichen Kriterien der EU-Kommission. Luxemburg gehört nicht dazu. Die woxx sprach mit Mark Lewis, einem der Autoren der Studie.

(Foto: woxx)



EMISSIONSHANDEL

"Alles hängt von strengen Kriterien ab"

woxx: *Der Bericht der Deutschen Bank über Emissionshandel ist sehr detailliert. Wieso interessiert sich ein Finanzinstitut in diesem Maße für Nationalen Allokations- oder Zuteilungspläne von Emissionsquoten?*

Mark Lewis: Es gibt einen Markt für Emissionszertifikate. Von daher gibt es auch ein Interesse, zu analysieren, was den Markt antreibt und wie sich die Preisentwicklung für diese Emissionszertifikate gestaltet. Mit Sicherheit wird die Zuteilung der Emissionsquoten in der zweiten Phase des Kyoto-Prozesses einer der Hauptfaktoren für die Preisentwicklung im Emissionshandel für die Periode von 2008 bis 2012 sein. Es besteht also zweifellos ein Interesse der Investoren an einer solchen Studie.

Sie haben drei Schlüsselkriterien für die Bewertung der Pläne definiert. Laut Ihrer Studie erfüllen nur fünf der 19 nationalen Allokationspläne diese Kriterien. Sind die Kriterien zu streng?

Die Kommission hat in einer Richtlinie klare Richtlinien für die Mitgliedstaaten definiert, um die Zuteilungspläne zu erstellen. Für die Studie haben wir drei von zwölf Kriterien ausgewählt, die uns am wichtigsten er-

schiene und die sich am stärksten auf das Gesamtaufkommen der Emissionsrechte, die bewilligt werden, auswirken.

Neun Länder, darunter auch Luxemburg, erfüllten keines der drei Kriterien. Unter anderem werden die aktuellen Emissionen nicht korrekt in Rechnung gestellt. Luxemburg gestand der Industrie dieselben Emissionen wie im ersten Zuteilungsplan zu, dies obwohl man im Jahr 2005 20 Prozent unter dem dort angegebenen Niveau lag. Ist das der richtige Weg?

Ich möchte die individuelle Politik eines Landes nicht kommentieren. Wir haben diese Analyse auf der Basis der Informationen gemacht, die uns zur Verfügung standen. Wir sind nicht sicher, dass uns alle notwendigen Angaben vorlagen. Die Schlussfolgerung des Berichts kann man folgendermaßen zusammenfassen: Es ist sehr wichtig, dass die Kommission die von ihr definierten Kriterien strengstens anwendet. Die gesamte Glaubwürdigkeit des europäischen Emissionshandels und des Emissionshandels als einem Konzept, mit dem wir den Klimawandel bekämpfen wollen, hängen davon ab. Die Kommission sollte deshalb eine harte Linie gegenüber den Ländern fahren, die zu

großzügig mit Emissionsrechten umgehen.

Welche Folgen hat ein zu großzügiges Zugeständnis an Emissionsrechten für den Emissionshandel?

Wenn die Mitgliedstaaten ihren Unternehmen zu viele Emissionszertifikate zugestehen, führt dies zu einem Überangebot an solchen Zertifikaten. Die Folge konnten wir im vergangenen Jahr beobachten: Der Preis sank weit unter 30 Euro pro Tonne CO₂. Ein Preissturz führt unweigerlich dazu, dass die Bereitschaft, Emissionen zu

reduzieren, sprich in emissionsarme Technologie zu investieren, rapide abnimmt.

Es wird oft vergessen, dass das Ziel des Europäischen Emissionshandelssystems nicht alleine darin besteht, dass die Länder ihre Kyoto-Verpflichtungen einhalten können. Das ist sicher eines der Ziele, jedoch nicht das einzige. Langfristig soll ein Preissignal für CO₂-Emissionen entwickelt werden, das sich in den Investitionsentscheidungen der Unternehmen widerspiegelt. Damit die Industrie über die nächsten

20 bis 30 Jahre hinweg bereit ist, die Emissionen drastisch zu reduzieren. Und zwar deshalb, weil es einen Anreiz über den Preis der Emissionsrechte gibt, in eine emissionsärmere Technologie zu investieren.

Es ist wichtig zu beachten, dass ein Investitionszyklus in der Industrie, die typischerweise am meisten CO₂ ausstößt, sehr lang ist. Ein Kraftwerk wird beispielsweise für 40 bis 50 Jahre gebaut. Normalerweise basieren die Rentabilitätsberechnungen eines solchen Unternehmens auf den Kosten für die Konstruktion des Kraftwerkes und dem Preis für den Energieträger. Das Emissionshandelssystem ist so konzipiert, dass es solchen Unternehmen einen ökonomischen Anreiz liefert, ihre Entscheidungen auch vom Preis für CO₂-Emissionen abhängig zu machen. Der Preis für CO₂ ist somit ein weiterer wichtiger Faktor. Ist er zu niedrig, wird es wenig Anreize geben, die existierende Anlage zu ersetzen und in ein Kraftwerk mit weniger CO₂-Ausstoß zu investieren. Das ist also die Konsequenz von zu großzügigen Zugeständnissen bei Emissionsquoten.

Sie hoffen auf eine rigorose Antwort der Kommission auf die bisher von den Ländern vorgelegten Zuteilungspläne. Worauf kommt es dabei an?

In dieser zweiten Phase ist es wirklich wichtig, dass die Kriterien genau eingehalten werden. Die Kommission hat im Gegensatz zur ersten Phase verlässliche Daten zur Verfügung. Es ist deshalb viel einfacher, die Pläne der Mitgliedstaaten zu bewerten. Man kann die Werte des realen Verbrauchs von 2005 mit den nun beantragten Quoten vergleichen.

Die meisten Länder reichten das großzügige Zugeständnis an die Industrie mit dem Argument der Standortfaktoren, die wich-

tig sind, um die Unternehmen nicht zu verjagen.

Das ist sicher eine Gratwanderung für die einzelnen Staaten. Fakt ist jedoch, dass sie alle einen juristisch verbindlichen Vertrag unterschrieben haben, der das europäische Emissionshandelssystem festschreibt. Wir müssen davon ausgehen, dass sie wussten, auf was sie sich dadurch eingelassen haben. Sie können jetzt kaum einen Schritt zurückgehen und behaupten, dass es nicht möglich ist, die Kyoto-Ziele einzuhalten. Europa ist das Zentrum des globalen Weltmarktes für Emissionen. Es geht nicht nur darum, ob die europäischen Länder ihre Kyoto-Ziele erreichen. Es geht auch um das Wesen des Emissionshandels und den Umgang mit dem Klimawandel. Wie Sie sicher wissen, hat der US-Bundesstaat Kalifornien diese Woche beschlossen, die Emissionen von Kohlendioxid streng zu limitieren. Dieser Plan wird zum Teil ebenfalls auf Emissionshandel basieren. Wenn die Europäische Kommission es schafft, klare Rahmenbedingungen für den Emissionshandel für die Periode von 2008 bis 2012 aufzustellen, und wenn man zeigen kann, dass dieses System tatsächlich funktioniert und zu mehr Investitionen führt, dann wird das einen Einfluss auf Regionen wie Kalifornien haben. Dort ist man derzeit erst dabei, ein System für Allokationspläne auf die Beine zu stellen. Deshalb steht im Moment viel auf dem Spiel, und das ist auch der Grund für unseren Bericht.

Die Länder konkurrieren mit den Unternehmen um Emissionskredite. Welche Folgen sind hier zu erwarten?

Einige Staaten, wie Italien und Spanien, haben noch viel aufzuholen, wenn sie ihre Kyotoziele erreichen wollen. Sie werden höchstwahrscheinlich einen großen Anteil an Reduktionen über "Certified Emission Reduction" (CER) kaufen, das heißt Emissionszertifikate durch Projekte außerhalb der EU erwerben. Dasselbe werden europäische Unternehmen tun. Alles wird davon abhängen, wie eng die Obergrenzen der nationalen CO₂-Quoten für den Emissionshandel gefasst sind. Lassen sie zu viel Spiel, werden die Unternehmen nicht viele Rechte kaufen müssen. Ist der Spielraum aber eng, werden sie zum Kauf gezwungen sein. Wenn die Kommission die Kriterien also strikt anwendet, wird es einen starkes Preissignal geben und die europäischen Unternehmen müssen ihre Politik langfristig ändern.

Interview: Danièle Weber

Made in Europe: Emissionshandel

Am 1. Januar 2005 wurde der Startschuss für den Kaufrausch der Lüfte gegeben. Seitdem tummeln sich auf dem Markt für den europäischen Emissionshandel Tausende von Käufern und Verkäufern, die mit CO₂-Tonnen handeln. Das europäische Emissionshandelssystem ermöglicht es Unternehmen, die ihre eigenen CO₂-Zielvorgaben überschreiten, von 'umweltfreundlicheren' Firmen Berechtigungen für den Ausstoß von CO₂, so genannte Emissionszertifikate, zu erwerben. Ziel des Systems ist es, Investitionen in emissionsarme Technologien zu fördern und gleichzeitig zur Erfüllung der im Rahmen des Kyoto-Protokolls festgelegten Klimaschutzziele beizutragen. Eine spezielle Richtlinie über die sogenannten "Clean Development Mechanism" (CDM) und den damit verbundenen "Certified Emission Reduction" (CER) ermöglicht es den Unternehmen zusätzlich, außerhalb der EU Projekte zur Verringerung von CO₂-Emissionen durchzuführen und hierfür Emissionsgutschriften zu erhalten, die bei der Berechnung ihrer eigenen Emissionsverringerung berücksichtigt werden. Momentan prüft die Kommission die nationalen Zuteilungspläne (Allokationspläne) für Emissionsquoten der zweiten Phase, das heißt für die Periode von 2008 bis 2012. Luxemburgs Plan, den Umweltminister Lucien Lux kurz vor der Sommerpause vorstellte, wird Ende September in Brüssel unter die Lupe genommen. Laut Greenpeace ist dieser Plan nicht konform mit geltenden EU-Bestimmungen, so zum Beispiel mit der Richtlinie, welche die Umsetzung des Emissionshandelssystems festlegt. Eine Studie der Deutschen Bank AG, die Ende Juli veröffentlicht wurde, kommt zu dem Schluss, dass neun EU-Länder, darunter Luxemburg, drei wichtige Schlüsselkriterien der EU-Kommission nicht erfüllen.